

zung mit einwandfreiem Brote auch für die Zukunft sicherstellen.

Bischofswerda. (Ein verlockendes Inse- rat) befindet sich im hiesigen „Erzähler“. Es lautet: 6 bis 700000 Mark sofort zu leihen gesucht auf ein halbes Jahr. Rückzahlung ein 2/3 Zentner fettes Schwein. Offerten usw. (Wenn da niemand anbeißt!)

Dresden. („Diplom-Landwirt“ und „akademisch geprüfter Landwirt“). Das Kultusministerium gibt in der Staatszeitung bekannt, daß nach der neuen am 16. April in Kraft getretenen Ordnung für die Prüfungen in der Landwirtschaft und verwandten Fächern an der Universität Leipzig denjenigen Landwirten, die die Diplomprüfung bestanden haben, der akademische Grad „Diplom-Landwirt“ und den Landwirten, welche die Prüfung für praktische Landwirtschaft bestanden haben, der Grad „akademisch geprüfter Landwirt“ verliehen wird. Solchen Landwirten, die schon früher die obigen Prüfungen abgelegt haben, kann nachträglich die Berechtigung zur Führung dieser Bezeichnungen zuerkannt werden. Anträge sind unter Einzahlung einer Gebühr von 1000 Mark an die Prüfungskommission für Landwirte in Leipzig, Goethestraße 6, zu richten. Unberechtigte Führung der beiden Grade ist nach § 360 Nr. 8 des Strafgesetzbuches strafbar.

Dresden. (Kontrolle der Lebensmitteläden und Preisprüfungsstelle) Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: Das Wirtschaftsministerium macht darauf aufmerksam, daß Groß- und Kleinhändler, die den Beauftragten der Landespreisprüfungsstelle oder der örtlichen und Bezirkspreisprüfungsstellen nicht jede verlangte Auskunft über Herkunft und Erzeugnispreis über von ihnen in den Handel gebrachte Lebensmittel oder Waren des täglichen Bedarfs bereitwillig geben, die Erlaubnis zum Handel wegen Unzuverlässigkeit sofort entzogen werden wird. Das gleiche wird geschehen, wenn Beauftragte der Preisprüfungsstellen unhöflich oder gar ungebührlich von Händlern oder deren Verkäufern behandelt wird. Die Preisprüfungsstellen werden angewiesen, in solchen Fällen das sofort der zuständigen Behörde zu melden. Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt, rücksichtslos gegen diejenigen Händler und Verkäufer vorzugehen, die in dieser Zeit der Not sich nicht willig den im öffentlichen Verbraucherinteresse liegenden Anordnungen fügen. Das Wirtschaftsministerium erwartet aber auch, daß gegen Händler und Geschäftsinhaber nicht in unbesonnen und ungeschicklicher Weise verfahren wird.

Dresden. (Der Kartoffelpreis.) Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 28. Mai einen Erzeugerpreis von 4400—4800 Mark für weiße, rote und gelbfleischige Sorten notiert.

Meißen. (Tagung der sächsischen Hausbesitzer.) Am Sonnabend und Sonntag fand in Meißen die Tagung der sächsischen Hausbesitzer statt. Baumeister Schuemichen-Dresden sprach über das durch den Reichstag angenommene Mieterschutzgesetz und seine Entstehung. Baurat Adermann-Leipzig und Baumeister Grohmann-Dresden verbreiteten sich über die Durchführung des Reichsmietengesetzes in Sachsen. Angenommen wurde folgende Entschließung: 1. Die 95 000 organisierten, sächsischen Hausbesitzer beharren in ihrem Widerstande gegen die Einführung des Mieterschutzgesetzes und werden sich auch den schärfsten Abwehrmaßnahmen des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine anschließen. 2. Die bisherige Durchführung des Reichsmietengesetzes widerspricht dem Zweck des Gesetzes, weil die Gemeindebehörden die Zuschläge zur Grundmiete nicht nach den tatsächlichen, wirtschaftlichen Verhältnissen festgelegt haben. Die sächsische Landesregierung erwarten und fordern, daß die sächsische Landesregierung geeignete Abhilfe trifft und die Einhaltung des § 3 des Reichsmietengesetzes durch die Gemeinden sichergestellt wird. Wird dieser Zustand nicht gewährt, so lehnen die sächsischen Haus- und Grundbesitzer alle Einzahlungen, soweit sie nicht durch die Mieten gedeckt sind, an alle öffentlichen Kassen einmütig ab. Sie fordern, daß alle Unterhaltungsarbeiten auf laufende Beträge Instandsetzungen bezeichnet werden, die das Gesetz zwingend vorschreibt. Sie lehnen die Aufnahme von Hypotheken für große Instandsetzungen ab, wenn sie nicht kurzfristig getilgt werden und für die Bestzer in bestimmter Frist verschwinden oder dem Friedenswerte angepaßt werden. Bei der fortschreitenden Verteuerung der Baukosten fordern die Hausbesitzer Sachsens von der Regierung und Brandversicherungskammer unbedingt sofortige Anpassung der Schadenregulierung an die wirklichen Baukosten. 4. Die Hausbesitzer Sachsens fordern von der Reichs- und Landesregierung, daß unverzüglich mit der Vorbereitung zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft begonnen werde, damit die freie Wirtschaft hemmungslos wieder einsetzen kann. Sie fordern dies umso mehr, als damit das Wohnungselend, die Arbeitslosigkeit und die Notverkäufe an das Ausland beseitigt werden.

Birna. (Eine „offene Hand“ im vollen Sinne zeigten unsere Bürgerschaften bei dem diesmaligen allhergebrachten Pfingstfesten. Man spendete bei dem Schützenfest der Gilde 300 000 Mark für die Ruhrtämpfer und 200 000 Mark für die Unterstützung der Kleinrentner.

Leipzig. (Ankunft von Ruhrkinder.) Am Sonntag trafen 103 Ruhrkinder, die einen recht erholungsbedürftigen Eindruck machten, in Bad Naußitz ein, wo sie im Bethlehems Stift des Leipziger Vereins für Innere Mission Aufnahme fanden.

Leipzig. (Das Ziel der Kommunisten.) Ueber das Ziel der Kommunisten schreibt die sozialdemokratische Volkszeitung u. a.: „Die Stellung der Kommunisten zu den in Sachsen getroffenen Vereinbarungen ist eine wesentlich andere als in unserer Partei Während wir glauben, trotz aller Mängel und Unklarheiten mit diesen Vereinbarungen einen Boden zu schaffen für ein gemeinsames Wirken im Interesse der Arbeiterklasse und zur Anbahnung einer wirklichen Einheitsfront aller Arbeiter betrachten die Kommunisten die Vereinbarungen nur als Mittel zu dem Zweck, die Arbeiterklasse zu spalten. Also: nicht Einheitsfront, sondern Zertrümmerung der proletarischen Front durch Schwächung der proletarischen Massenorganisationen, das ist das Ziel der Kommunisten.“

Dresdner Teuerungsdemonstrationen.

Dresden. Die Meldungen über den Ausbruch in Ruhrgebiet haben auch hier die kommunistisch gefärbten Kreise der Erwerbslosen und deren Anhang auf den Plan gerufen. Die gerade in den letzten Tagen fühlbar in die Erscheinung getretene Erhöhung der Lebensmittelpreise gab den Vorwand zu Demonstrationen, die bereits am Mittwoch einsetzten und wohl in der Einnahme der Markthalle am Antoniaplatz ihren Höhepunkt erreichen sollten. Die Polizei verhinderte jedoch überall durch ihr ruhiges aber energiegeloses Eingreifen größere Störungen. Die Demonstrationen fanden am Sonnabend bereits in den Morgenstunden ihre Fortsetzung.

Die Markthallen, Lebens- und Bedarfsmittelgeschäfte wurden blockiert und ihre Schließung erzwungen.

Gemachte Einkäufe wurden den Käufern abgenommen und weitere Einkäufe verhindert, ohne daß die Polizei eingriff. Der Terror ist vollkommen. Die Geschäfte und teilweise auch die Restaurants haben geschlossen. Trupps jugendlicher, vermögiger Demonstranten durchziehen überall kontrollierend dauernd die Straßen. Es ist das gleiche Bild, das sich bereits vor den November-Unruhen vorigen Jahres bot, und es ist mit aller Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die jetzt noch ziemlich harmlosen Ansammlungen und Umzüge schließlich doch wieder zu Zusammenstößen und Plünderungen führen werden. Es wäre aber ein großer Irrtum, zu glauben, daß Erwerbslose die Führer dieser Bewegung seien. Die Drahtzieher sitzen ganz wo anders; Ministerpräsident Reigler wird sie genau kennen, es sind Angehörige derselben Partei, die jetzt die vielumworbene Stütze des sächsischen Kabinetts bildet. Man nennt einzelne Persönlichkeiten, die auch heute wieder die unlehnbare Not der Erwerbslosen für ihre agitatorischen und politischen Zwecke auszunutzen suchen, von früher her, sie dirigieren die Massen nach den Markthallen, den Hauptstraßen, den öffentlichen Gebäuden, und wenn das von ihnen angeführte Feuer Flammen schlägt, sind sie plötzlich von der Bildfläche verschwunden. Auch während des gestrigen Sonntags hat in Dresden der Terror der Erwerbslosen und Kommunisten seine Fortsetzung gefunden.

Zahlreiche Speisewirtschaften und Kaffees, die geöffnet hatten, wurden zum Schließen gezwungen. Gestern, Montag früh, sind sämtliche Markthallen der Stadt von großen Menschenmengen umlagert und ebenfalls geschlossen. Bedingt die Brot verkaufenden Geschäfte durften teilweise den Verkauf von Brot aufrechterhalten. Alle übrigen, auch die Fleischerläden sind geschlossen. Starke Polizeipatrouillen zu Pferde, im Auto und zu Fuß durchziehen die Straßen und verhindern Plünderungen, zu denen es bisher nirgends gekommen ist.

Gestern stattgefundenen Verhandlungen sind bisher ergebnislos verlaufen.

Es besteht die Absicht, die Schließung der Geschäfte für eine längere Zeit, wie verlautet, für etwa vierzehn Tage durchzuhalten. In Maueranschlägen fordern die Kommunisten, unter der Bezeichnung Erwerbslosenrat, die Arbeiterschaft und proletarischen Hundertschaften auf, auf die Straße zu ziehen und zur Selbsthilfe zu greifen. Der Verkehr in den Straßen ist außerordentlich lebhaft. Bei einer Fortdauer der Verhältnisse dürfte die Not unter der Einwohnerchaft infolge Mangel an Lebensmitteln zu einer Katastrophe führen. Die in den Markthallen lagernden Gemüse und Nahrungsmittel sind dem Verderben ausgeliefert. Die Erwerbslosen beabsichtigen sich mit den Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um die Proklamierung eines Generalstreiks zu ermöglichen.

Am Sonnabend zogen die Massen auch vor das Opernhaus,

um die Aufführung von Boris Gobunow, zu verhindern. Nach längeren Verhandlungen wurde ihnen bedeutet, daß sie mit dem zuständigen Ministerium verhandeln sollten. Die Opernverwaltung habe nichts mit Preisbildungen zu tun. Weiter ist bekannt geworden, daß einzelne Trupps auch auf das Land in der Umgebung gezogen sind und sich aus Gütern und bei kleinen Bauern

unter Anwendung von Gewalt Lebensmittel geholt haben.

Um die Schritte zu beraten, die getan werden müssen, diesem Unwesen ein Ende zu bereiten, fand am Sonntag im Rathause

eine Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Blüher

statt, an der auch Vertreter des Polizeipräsidiums mit dem Präsidenten Mente und Vertreter der Dresdner Geschäftswelt teilnahmen.

Die Besprechungen im Rathause wurden am Montag fortgesetzt und das Polizeipräsidium hat darauf folgende Bekanntmachung erlassen: „Die neuerlich erfolgte Steigerung der Lebensmittelpreise hat in Verbraucherkreisen starke Erregung verursacht. Daß die fortschreitende Entwertung der Mark, namentlich bei den von ausländischen Rohstoffen abhängigen Waren, nicht ohne jede Nachwirkung auch auf die Preisbildung bleiben kann, leuchtet ein, ebenso, daß der örtliche Handel von den Lieferanten abhängig ist und daß eine gewaltsame örtliche Preisherabsetzung in kurzer Zeit die unentbehrliche Zufuhr unterbinden und in erster Linie die Minderbemittelten schädigen würde. Die Organisationen des Lebensmittelhandels haben jedoch zugesagt, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß jede durch die Verhältnisse nicht unbedingt gebotene Preissteigerung unterbleibt. Die Preisprüfungsstelle und ihre Ausschüsse, sowie die zur Verfolgung des Wuchers heranzuziehenden Stellen werden mit Energie jeder übertriebenen Preisforderung entgegenzutreten. Zur wirksamsten Bekämpfung von Wucher wird die Regierung um Errichtung von Marktstandgerichten ersucht. Für die Minderbemittelten werden namentlich mit Hilfe des Lebensmittel- und sonstigen Handels Selber zum verbilligten Erwerb zur Befügung gestellt werden. Das nähere wird nach Vereinbarung mit den beteiligten Kreisen bekannt gemacht. In den letzten Tagen sind zahlreiche Eingriffe in den Geschäftsverkehr unternommen worden. Auch ist der Gedanke eines Räderstreiks aufgetaucht, der aber das Gegenteil der Wünsche erreichen würde. Es wird dringend ersucht, die Ruhe zu bewahren und jede Störung des Erwerbslebens zu vermeiden, da die letzten Endes nur die Lebensmittelversorgung gefährden. Die Ordnungspolizei wird allen derartigen Störungen mit Aufgebot ihrer gesamten Kräfte nachdrücklich entgegenzutreten.“

500 Millionen Mark städtische Nothstandsbeihilfe.

Dresden. Der Rat zu Dresden schreibt uns: „Die Vorkommnisse der letzten Tage, die zu einer schweren Gefährdung der Lebensmittelversorgung Dresdens zu führen drohen, haben den Rat heute mittig (Montag) zu einer Sonderitzung veranlaßt. Versuche des Oberbürgermeisters und des Polizeipräsidenten, heute vormittag im Rathause eine Anordnung der Erwerbslosen von der Ausschüttung ihres Vorhabens zu überzeugen, durch zwangswise Unterbindung des geordneten Handelsverkehrs eine Preislenkung herbeizuführen, waren fehlgeschlagen. Der Rat beschloß, zugleich, um eine weitere Schädigung des Wirtschaftslebens zu verhüten, der wirtschaftlichen Notlage, in die besonders die mittellosen Kreise der Bevölkerung durch die neue Teuerungswelle geraten sind, durch sofortige Bereitstellung von Unterstützungsmitteln Rechnung zu tragen und bewilligte unter Anerkennung der Dringlichkeit ein Berechnungsgeld von 500 Millionen Mark zu Lasten des Haushaltsplanes 1923 in der Erwartung, daß der Betrag durch Sammlung in den Kreisen des Handels, der Industrie und der Banken ganz oder teilweise gedeckt wird. Bereitschaft hierzu ist namentlich aus Handwerkskreisen bereits in einer heute vormittag im Rathause abgehaltenen Besprechung kundgegeben worden. Die bewilligten Mittel werden mit 200 Millionen Mark dem städtischen Fürsorgeamt mit 300 Millionen Mark dem Kriegs- und Fürsorgeamt und dem Deissamt für Kriegserfahrene zugewiesen und von diesen in einmaligen Barbeihilfen an die dort betreuten Rolleidenden unter Berücksichtigung des Familienstandes verteilt, sobald sich bei etwa 50 000 Unterstützungsberechtigten einmalige Unterstützungsbeträge von 10000 M pro Kopf ergeben. Weiter fanden Anträge aus der Mitte des Rates Annahme, wonach die Staatsregierung ersucht werden soll, bei der Reichsregierung unverzüglich für ausreichende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze mit Wirkung vom heutigen Tage und dafür einzutreten, daß diese Sätze den jeweiligen Besolbungsänderungen für die Beamten angepaßt oder in ähnlicher Weise gleitend gehalten werden. Endlich beschloß der Rat, die Regierung um Maßnahmen zu ersuchen, damit die Polizei ihrer Aufgabe, für Ruhe und Ordnung im öffentlichen und Wirtschaftsleben zu sorgen, gerecht wird.“

Verschärfung der Lage in Dresden. Blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten.

— Gestern Montag abend gegen 7 Uhr kam es in der Nähe des Hauptbahnhofes zu einem Zusammenstoß zwischen proletarischen Hundertschaften und der Polizei, wobei es auf beiden Seiten einige Verletzte gab. Die Hundertschaften zogen dann in militärischer Ordnung und im Gleichschritt nach dem in der Nähe des Birnaischen Platzes gelegenen Polizeipräsidium. Die Kommunisten, zum Teil mit dicken zugearbeiteten Knitteln bewaffnet, umlagerten das Gebäude. Bei dem dann erfolgenden Zusammenstoß fielen mehrere Schüsse, doch hat die Schutzmännschaft

nach
Lun
Sch
ging
blar
auch
das
best
11
der
gepl
dun
Stän
w
in d
rüd
der
Eing
info

du
wir
die
200
Zun
die
von
ander
wies

ge
oper
oder
Tro
länge
reits
dies
hand
belgt
eine
des
engl
dieser
Quat
bebur
irgend
hat,
aber
die
des
Es
ein
umfo
vorher
öffn
word
gleich
samm
tomit
in Be
„Bom
geschaf

39)
brochen
Rigene
Puisus
Z
Zimmer
Tisch
so anbe
Piarde
doch gi
des W
Wirtsch
ken.
zahl.
Mark
nicht w
anders
G
überflog
Bekann
war er
Reute in
ledig all
hier, ein
in Halle
der See
die ken
und feir
S
noch als
staubi
hätte, la
ihren le
dige M
dredlich